DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS
EINE WIRKLICHE GEFAHR FÜR DIE VÖLKER EUROPAS Seite4

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 34 vom 1.September 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Im Kampf Klasse gegen Klasse den Tariffrieden brechen



Buderus
Ford
Philips

STREIK

Rheinstahl
Opel
AEG usw...

Der Streik der 17 000 Opelarbeiter in Bochum hat im Ruhrgebiet eine breite Streikwelle entfacht. Über 20 Betriebe werden bestreikt. Schwerpunkte der Bewegung bilden weiterhin Opel Bochum, Ford Köln sowie Buderus in Lollar/Giessen. Die Breite der "wilden" Streiks erinnert an die Septemberstreiks im Jahre 1969. Ein grundlegender Unterschied besteht allerdings. Aus der Bewegung von 69 ist gelernt worden: Mit ihrem Stabilitätsgerede können weder die Gewerkschaftsführer noch die SPD-Regierung die Streiks aufhalten. (s.a. Kommentar S.2)

Seit Mittwoch wird bei Opel Bochum gestreikt. Das Angebot der Geschäftsleitung von 180 DM Teuerungszulage, sowie 100 DM Vorschuss aufs Weihnachtsgeld, ist von den Kollegen am Freitag abgelehnt worden. Ihre Forderung von 300 DM und Bezahlung der Streikschichten steht weiterhin. (Siehe Bericht S. 3)

In Köln haben bei den **Fordwerken** seit Freitag 6 000 Arbeiter die Bänder abgestellt. 300 türkische Arbeiter sollten entlassen werden, da sie angeblich nicht rechtzeitig aus dem Urlaub zurückgekommen waren. Die 6 000 Kollegen erklärten sich solidarisch mit den 300 Entlassenen und forderten deren Wiedereinstellung. Bereits 1971 hatten Fordarbeiter gestreikt, um Entlassungen zu verhindern. Zudem fordern die Kollegen bei Ford ebenfalls eine Teuerungszulage.

Weitere Streiks im Ruhrgebiet: Bei den **AEG-Kabelwerken** in Duisburg und Mühlheim streiken 2 500 Arbeiter für 300 DM Teuerungszulage und Erhöhung des Weihnachtsgeldes.

In drei **Rheinstahlwerken** (Duisburg, Bielefeld und Gladbeck) sowie in der zu Rheinstahl gehörenden **Maschinenbaufabrik Wagner** in Dortmund wird seit Donnerstag gestreikt. Forderung in Duisburg: 400 DM Zulage und in Dortmund: 50 Pfg pro Stunde mehr.

Bei den **Valvo-Röhrenwerken** der **Philips GmbH** werden gefordert: Teuerungszulage, höherer Stundenlohn und Wegfall der Lohngruppe 2, Wegfall der Samstagsschicht sowie Bezahlung der Streikschichten.

Weiterhin wird gestreikt bei **Varta-Werke** in Hagen, **Maschinenfabrik Olbrich**, bei der **Rhein-Zink/Ruhr-Zink**, den **Optalwerken** in Herne, der **Schraubenfabrik Dorn**, bei der **Kraftfahrzeugfabrik Schildberg** in Herne, der **Karosseriefirma Schorn** in Duisburg, bei den **VDO Tachowerken**, der **Ratinger Maschinenfabrik** sowie in **40 weiteren Betrieben**.

In Castrop Rauxel haben die Arbeiter im **Klöckner-Werk** bereits Erfolg gehabt: 150 DM Zulage. Beim **Thyssenwerk "Westfälische Union"** in Hamm sind am Freitag die Arbeiter zur Geschäftsleitung gezogen und forderten eine Zulage. Am Montag soll über Streik beraten werden.

Im **Mannesmann-Röhrenwerk** in Mühlheim hat die Abteilung Sonderstahl den Streik begonnen für die Erhöhung der Festprämie um 1,30 DM. Alle Schichten stehen im Streik.

Auch bei der **Gute-Hoffnungshütte** in Oberhausen/Sterkrade wurde für die Forderung 350 DM gestreikt. Als der Streik in Oberhausen am Freitag mittag beendet wurde, begannen die Kollegen im Düsseldorfer Werk der Hütte den Streik.

In Hessen streiken neben **Buderus** in Lollar **weitere 20 Betriebe**. Für Montag wird erwartet, dass die Reihen der Streikenden in Hessen und NRW um tausende Arbeiter erweitert wird.

Polizist ermordet 17-Jährigen



"Jetzt habt ihr keinen Bruder Erich mehr". Die fünf Geschwister von Erich Dobhardt werden diesen Mittwochabend, an dem ihnen ihr Vater diese schreckliche Nachricht überbrachte, nicht vergessen. An diesem Mittwochabend ist ihr Bruder Erich gestorben.

"Auf der Flucht erschossen"– teilten Polizei und Staatsanwaltschaft Dortmund dem Vater mit.

Viele Mütter, viele Väter erinnern sich noch. Eine Feldpostkarte mit offiziellem Stempel. Ein Briefumschlag von irgendeinem Amt. Darauf vier dürre Worte: Auf der Flucht erschossen. Auf der Flucht erschossen: Der junge Soldat, der aus Angst vor dem Tod im Schützengraben davonlief. Auf der Flucht erschossen: Der Soldat, der sich mutig dem Schiessbefehl auf die belgischen, französischen, russischen Klassenbrüder widersetzte. Auf der Flucht erschossen, die immer gleiche Nachricht aus den KZs, aus den Gefängnissen, wenn wieder einer mehr von seinen Henkern totgeschlagen, zu Tode gefoltert worden war.

Auf der Flucht erschossen– der 17-jährige Erich Dobhardt.

"Mein Sohn wollte die Freiheit", das sagte der Vater Erich Dobhardts zu Rotgardisten, die ihn zu Hause besuchten und ihm ihr Beileid aussprachen. Die Freiheit? Erich wollte nicht viel. Er wollte, was alle Kinder, alle Jugendlichen wollen: Spielen, lernen, Anerkennung und Verständnis. Er wollte später, was Zeitungen, Radio und Fernsehen für einen anerkennenswerten Jugendlichen verlangen: Schicke Sachen, Radio, Schallplattenspieler, klimperndes Kleingeld.

Erich ging nicht den Weg wie die Jugendlichen in Hamburg, Hannover und anderen Städten, die in der Schule und in der Freizeit den Herren von der Stadt sagen: Hier bitte, das sind unsere Forderungen. Dafür kämpfen wir.

Erich ging nicht den Weg der Jugendlichen, die sich in der Roten Garde zusammengeschlossen haben und organisiert den Kampf gegen dieses jugendfeindliche, kapitalistische System führen.

Erich versuchte, sein Glück in diesem System allein zu machen. Und scheiterte wie tausende vor ihm. Erziehungsheim seit dem zwölften Lebensjahr. Entflohen, wieder eingefangen. Einbruch. Zwei Tage lang von zehn Funkstreifenwagen, vier Kradfahrern und einem Polizeihubschrauber gejagt. Bei dieser Verfolgungsjagd ein Handgemenge mit einem Polizisten, der schiesst. Diesmal noch in den Boden. Und wieder Flucht. Wieder Grossfahndung. Gefangennahme. Haftbefehl. Erneute Flucht aus dem Gerichtsgebäude. Verfolgung.

Und bei dieser Verfolgungsjagd zwei Warnschüsse und ein gezielter Schuss. Erich Dobhardt stirbt zwei Stunden später in einem Krankenhaus" Mit zerfetzter Lunge. Ermordet von einem Polizeibeamten.

Am gleichen Tag die Stellungnahme der Staatsanwaltschaft: "Es liegt kein strafbarer Tatbestand vor. Der Schuss war auf die Beine gezielt." Und trifft bei 25m Entfernung in die Lunge? "Vielleicht war der Beamte ausser Atem." Und wohlformuliert:

"Ericht Dobhardt stand im Begriff, auf einem unwegsamen Gelände zu verschwinden. In solchen Fällen sind Beamte nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, alles zu tun, um einen Straftäter, gegen den ein Haftbefehl besteht, festzunehmen und unter gewissen Voraussetzungen auch von der Schusswaffe Gebrauch zu machen."

Fortsetzung auf Seite 4

1.SEPTEMBER
Roter Antikriegstag 73

Entgegen dem Wunsch der Völker der Welt nach Frieden und Befreiung haben sich die beiden Supermächte USA und Sowjetunion in einem Komplott über die Aufteilung der Welt in Einflussgebiete geeinigt. Sie führen Krieg gegen die Befreiungskämpfe der Völker und bereiten den Krieg gegen die Volksrepublik China, das Bollwerk der Weltrevolution, und die Volksrepublik Albanien, den Leuchtturm des Sozialismus in Europa, vor. Sie reden von Frieden, um ihre geplanten Raubkriege zu maskieren.

Entgegen dem Wunsch des deutschen Volkes nach Frieden nutzen die westdeutschen Imperialisten als treueste Verbündete des US-Imperialismus im Rahmen der Allianz der Supermächte ihre Chance, in Europa die Vormacht zu erringen, im Einverständnis mit den sowjetischen Sozialimperialisten die DDR Schritt für Schritt zu vereinnahmen und so den Grundstein für ihre Weltmachtstellung zu legen. Gleichzeitig dringen sie in die Länder der dritten Welt ein, um Rohstoffe für die weitere Expansion zu sichern. Sie reden vom Frieden, um ihre revanchistischen Kriegspläne zu maskieren.

Diese Friedensmaske mussen wir ihnen vom Gesicht reissen!

Den Frieden werden die Völker der Welt erst dann erringen, wenn sie im bewaffneten revolutionären Krieg alle Ausbeuter und Imperialisten geschlagen haben, wenn die Unterdrückung aus der Welt verschwindet.

Wenn man den Krieg verhindern will, muss man das Gewehr in die Hand nehmen.
Wir führen den Kampf am Roten Antikriegstag unter der Losung:

KRIEG DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG!

KOMMENTAR

Im Kampf Klasse gegen Klasse den Tariffrieden brechen!

Die Bewegung der Arbeiterklasse gegen Lohnraub und Teuerung hat in den letzten Wochen mächtig an Breite und Stoßkraft gewonnen. Aufgrund von Streiks, Warnstreiks und zum Teil auch aus Furcht vor solchen Aktionen haben allein im Raum Essen 114 000 Arbeiter eine Teuerungszulage erhalten. Gegenwärtig stehen in NRW und Hessen über 70 000 Arbeiter im Streik.

Die letzte Streikbewegung, die sich gegen den von Kapital, Staat und Gewerkschaftsführung diktierten Tariffrieden wendete, waren die Septemberstreiks 1969.

Aber 1973 ist nicht 1969! Noch größere Entschlossenheit der Bewegung, militante Aktionen gegen brutalen Polizeiterror der Staatsmacht – das zeigt, daß der Klassenkampf sich verschärft hat, daß das Proletariat in seinem Kampf



Seit 1969 der Sozialdemokrat Brandt mit grosser Friedensdemagogie die Regierungsgeschäfte des Kapitals übernommen hat, verfolgt das westdeutsche Finanzkapital mit seinem 'Friedenskanzler' immer stärker imperialistische Expansionspolitik.

Mithilfe grosser Kredite konnte das westdeutsche Kapital in Europa und darüber hinaus ständig mehr in die Breite gehen. In die Aufrüstung der Bundeswehr – fester Bestandteil der imperialistischen Politik – sind zig Milliarden gesteckt worden. Durch die inflationäre Wirkung dieser Politik ist der Wert der DM von 69 bis 73 unter der Brandt-Ära um 21% gesunken. Während die bürgerlichen Wissenschaftler Gewinnexplosionen für den Herbst ankündigen, kommt in Arbeiterhaushalten kaum noch Fleisch auf den Tisch.

Die Arbeiterklasse ist es, welche die imperialistische Politik finanzieren muss.

Das Proletariat aber gibt seine Antwort: Zehntausende im Kampf gegen Lohnraub, Teuerung und Inflation. Diese Streiks erschweren die Expansion des westdeutschen Kapitals, zeigen, dass das Proletariat das Prinzip 'Kanonen statt Butter' nicht dulden wird.

Wenn diese Kämpfe sich gegenwärtig noch nicht bewusst gegen den westdeutschen Imperialismus und seine imperialistische Politik richten, so lässt sich andererseits die Arbeiterklasse immer weniger von Versprechungen der SPD-Regierung und den Gewerkschaftsführern täuschen.

69 konnten die Gewerkschaftsführer noch viele Kollegen mit dem 'arbeiterfreundlichen Stabilitätsprogramm' der SPD beschwören und vom Kampf zurückzerren. Heute hingegen muss der Staatsapparat immer offener zu faschistischen Massnahmen im Innern greifen, um seine Expansionspolitik auf Kosten der Arbeiterklasse realisieren zu können. Das reaktionäre BVG, brutaler Polizeiterror gegen Streikende sind Schritte dieser Faschisierung.

Mehr noch als 69 ist es daher Aufgabe der Revisionisten, ideologisch in die Reihen der Arbeiterklasse Verwirrung hineinzutragen. Statt Kampf gegen die reaktionäre Gewerkschaftsführung rufen sie: "Der DGB-Führung den Rücken stärken!" Gemeinsam mit der DGB-Führung fordern sie illusionären Preisstopp, um Lohnstopp zu bezwecken. "Tariffrieden wahren", statt: Durchbrecht das Lohndiktat!

Vor allem aber ist in den vergangenen 4 Jahren der Einfluss unserer Partei gewachsen. Gerade die heftigen Angriffe der Bourgeoisie gegen unsere Partei im Zusammenhang mit der Streikbewegung zeigen das. Unsere Betriebszellen haben sich in den Kämpfen durch die Politik unserer Partei immer mehr verankern können. Unsere Agitation und Propaganda in den Betrieben weisen immer wieder auf die Notwendigkeit, den Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus zu führen.
Das ist es, was die Bourgeoisie fürchtet, was sie so geifern lässt. Offen wurde bereits in den bürgerlichen Zeitungen gefordert, gegen die Marxisten-Leninisten in den Betrieben und an den Betriebstoren vorzugehen.

Unsere Partei aber wird erst recht in die Kämpfe eingreifen und das noch vereinzelte Vorgehen der Kollegen der verschiedenen Betriebe unter einer Losung vereinigen und ihrem Kampf eine einheitliche Stossrichtung zu geben:

BRECHT DEN TARIFFRIDEN!
GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG UND POLITISCHE UNTERDRUCKUNG –
VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF
GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE HANDLANGER!

Wir werden darauf hinarbeiten, dass die Arbeiterklasse bewusst den Tariffrieden bricht, als ein Diktat, geschaffen, um auf Kosten der Arbeiterklasse die Politik der Expansion und Aggression zu finanzieren.

Gesinnungsterror

Schulbehörde verhört fortschrittliche Lehramtsanwärter

"Ich bitte ...., mir Unterlagen über die Form Ihrer Mitgliedschaft in der KPD/ML, evtl. Ämter und Funktionen, Ihre Rolle im Wahlkampf 1972 und allgemein über Ihre Tätigkeit in der Öffentlichkeit vorzulegen." So heisst es in einer Verfügung, mit der die Schulbehörde Arnsberg einen Lehramtsanwärter vorlud, um ihm "Gelegenheit, sich ...persönlich zu äussern", zu geben. Als Lehramtsanwärter ist amn "Beamter auf Widerruf", wird nicht nur auf das Grundgesetz vereidigt, sondern muss auch Auskunft geben, ob man einer "verfassungsfeindlichen" Organisation angehört, oder ob gegen einen irgendwelche Strafverfahren anhängig sind. Andernfalls kann man nach Paragraf 12 Landesbeamtengesetz NRW wegen "arglistiger Täuschung" sofort entlassen werden. Nach Paragraf 6 darf "ins Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt."

In Arnsberg werden dem Kollegen Flugblätter der KPD/ML aus dem Jahre 1969 vorgelegt, für die er presseverantwortlich zeichnete" Auf die Frage, woher die Schulbehörde dieses Material habe, kam die stolze Antwort: **"Wir haben unsere Infomanten!" Ja, die Arbeit des Verfassungsschutzes läuft auf Hochtouren.**

Weiterhin wird dem Kollegen ein Strafbefehl von über 600 DM vom März 1973 vorgelegt. Dieser Strafbefehl, ausgestellt von der Staatsanwaltschaft Dortmund und offenbar im Zuge der "Amtshilfe" weitergereicht an die Schulbehörde, wirft dem Kollegen "Verstoss gegen die verfassungsmässige Grundordnung" vor und stützt sich dabei auf Äusserungen, die der Kollege während eines gegen ihn laufenden Roter-Punkt-Prozess gemacht hat: "Räuberstaat Bundesrepublik", "Bonn bereitet den Krieg vor", "Schieberparlament,. Der Kollege hatte damals entschlossen an der Seite der Bevölkerung gegen die unverschämten Fahrpreiserhöhungen gekämpft. Dafür ist er von der bürgerlichen Justiz im "Namen des Volkes" zu 900 DM verurteilt worden. (Inzwischen bereitet er mit der ROTEN HILFE die Berufung vor).

Zum Schluss versuchten diese Staatsdiener noch, ihm die Unterschlagung eines Verfahrens zu unterstellen, wegen "öffentlicher Billigung eines Mordes". Es handelt sich um einen Artikel der Bochumer Studentenzeitung von 1970, in der er zusammen mit anderen damaligen Redakteuren die politischen Hintergründe der Erschiessung des BRD-Botschafters in Guatemala, Graf Spreti, aufzeigte. Der Artikel hatte einen klaren Standpunkt für das unterdrückte Volk in diesem Land und gegen die Militärjunta bezogen. (Im Gegensatz zu Graf Spreti). Zum Zeitpunkt seiner Bewerbung als Lehramtsanwärter war der Kollege freigesprochen. Erst seit kurzem weiss er, dass der Prozess von der Staatsanwaltschaft wieder neu aufgerollt wird.



Kolleginnen und Kollegen!
Was steckt hinter solchen Verhören?

Offenbar ist die Schulbehörde keineswegs daran interessiert, ob ihre "Untergebenen" einen guten oder schlechten Unterricht geben. Das stand gar nicht zur Debatte. Vielmehr interessiert es die Herren in diesem Staat, welche politische Meinung man vertritt. Gefragt ist die Tatsache, dass die Lehrer/innen auf den Bonner Staat eingeschworen sind und die Schüler im Sinne des Kapitalismus erziehen. Da kann es ruhig überfüllte Klassen geben - Hauptsache, es gibt keine fortschrittlichen und kommunistischen Lehrer/innen in den Schulen - das ist die Kampfparole dieser Kapitalistienknechte.

D'K'P verbreitet Illusionen

Die D'K'P behauptet nun, solche Praktiken der Politiker und der staatlichen Behörden, insbesondere auch der sogenannte "Radikalenerlass" verstossen gegen das Grundgesetz. Sie berufen sich dabei auf den Artikel 3, Absatz 3, in dem es heisst: "Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seiner religiösen und politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden."

Ist es tatsächlich möglich, den Kampf gegen den Radikalenerlass "auf dem Grundgesetz stehend" zu führen? Sehen wir weiter.

In Artikel 33, Abs. 5 des Grundgesetzes heisst, es dass "Das das Recht des öffentlichen Dienstes...unter Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu regeln" ist. Diese Grundsätze bekamen am 11. April 1933 ihren letzten Schliff. In der "ersten Verordnung zur Durchführung der Gesetze zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums "heisst es: "Ungeeignet sind alle Beamte, die der kommunistischen Partei oder Hilfs- oder Ersatzorganisationen angehören. Sie sind sofort zu entlassen...Jeder Beamte ist verpflichtet, der obersten Reichs- oder Landesbehörde auf Verlangen Auskunft darüber zu geben, welchen politischen Parteien er bisher angehört hat."

Unter dem Adenauer-Regime wurde dies erneut bestätigt. In einem Erlass von 1950 heisst es: dass "zu den Organisationen, deren Unterstützung mit den Dienstpflichten unvereinbar sind,...insbesondere: 1. die Kommunistische Partei Deutschlands mit allen ihren Unterorganisationen" gehört.

Unter der Brandt-Regierung wurden diese Grundsätze erneut bekräftigt, als die Ministerpräsidentenkonferenz vom 28. Januar 1972 beschloss:

Nach den Beamtengesetzen in Bund und Ländern darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt; sind Beamte verpflichtet, sich aktiv innerhalb und ausserhalb des Dienstes für die Erhaltung dieser Grundordnung einzusetzen." Interessant ist hier die Änderung des Passus über die Kommunistische Partei. Hier wird nämlich von "Organisationen mit verfassungsfeindlichen Zielen" gesprochen.

D'K'P - Agentur des imperialistischen Staates

Aus diesem kurzen Blick auf die deutschen Beamtengesetze und das Grundgesetz ergibt sich, dass es völlig unmöglich ist, auf dem "Boden des Grundgesetzes" für die freie politische Betätigung im Staatsdienst zu kämpfen. Deshalb sagt die KPD/ML: Dieser Kampf kann nicht im Vertrauen auf irgendwelche Gesetze oder Institutionen des Staates geführt werden. Er muss gegen den Staat und seine Gesetze geführt werden. Und darüber darf sich niemand Illusionen machen: Wirkliche Freiheit für Kommunisten und fortschrittliche Menschen im Staatsdienst gibt es erst in einem Staat, der in den Händen der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten ruht.

Was verfolgt aber nun die D'K'P, indem sie auf das Grundgesetz pochend, ihren Platz im Staatsapparat fordert?

Die D'K'P hat oft genug erklärt, dass sie gegen ein Verbot der KPD/ML und anderer revolutionäner Organisationen nichts einzuwenden hat. Sie selbst hat in verschiedenen Städten ein Verbot der Marxisten-Leninisten gefordert. Ihr Kampf gegen den Radikalenerlass entpuppt sich also als ein aktiver Beitrag zur Verteidigung der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung", der Herrschaft der Kapitalistenklasse. Ihre Gegenforderung an den Staat heisst: Posten im Staatsdinest für D'K'P-Funktionäre und willige Mitglieder.

Der kapitalistische Staat ist auch nicht abgeneigt. Die Schwierigkeit besteht allein darin, die D'K'P als staatserhaltende Kraft einzusetzen und sie den Massen weiterhin als Kommunistische Partei, als Nachfolgerin der alten KPD zu servieren. Deshalb der Beschluss des Landtages von NRW, dass nicht die Parteizugehörigkeit allein entscheidend sei, sondern vor allem die Tätigkeit des jeweiligen Beamten. Die Herbeiführung dieses Beschlusses war der entscheidende Erfolg für D'K'P-Führung und Staat bei dem Gerangel um die Berufung des D'K'P-Mitglieds Goetz auf den Richterstuhl.

Diese Tatsachen zeigen deutlich: Wer nicht für die Arbeiterklasse und ihre bewusstesten und mutigsten Vertreter, die Kommunisten eintritt, arbeitet gegen sie. Wer nicht gegen den kapitalistischen Staat kämpft, arbeitet für ihn. Einen Mittelweg gibt es nicht.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion:
G. Schubert, 43 Essen 14 Postfach 36 07, Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.
Postscheckkonto Essen Nr. 464 20 - 435 (G. Schubert).
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: NAV GmbH, 1Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig, Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Streik bei BUDERUS-LOLLAR

Vor drei Monaten beschloß der Vertrauensleute-Körper von Buderus-Lollar in Gießen die Forderung nach 60 Pfg. Teuerungszulage. Bereits vor 4 Wochen war es deshalb in einigen Abteilungen zu kurzfristigen Arbeitsniederlegungen gekommen. Die Betriebszeitung der KPD/ML 'Rote Hütte' hatte wiederholt die notwendigen Schritte zur Vorbereitung und Durchführung eines Streiks propagiert. Auf den Betriebsversammlungen und in den Abteilungen hatten Genossen mit den Kollegen darüber diskutiert.



ROTE HÜTTE
BUDERUS-BETRIEBSZEITUNG DER KPD/MARXISTEN-LENINISTEN
WERK LOLLAR

Die Entscheidung musste auf der Betriebsversammlung am 23.8. fallen.

Die Streikmeldungen aus NRW taten ihre doppelte Wirkung: den Kollegen gaben sie Mut und neuen Schwung – der Betriebsleitung fuhr der Schreck in die Glieder.

Deshalb reiste zur Betriebsversammlung eigens der Oberscharfmacher des Hessischen Arbeitgeberverbandes, Dr.Ringenberg, an. Die Antwort auf sein Gejammer: Buh-Rufe, Pfiffe! **Der freigestellte Betriebsrat Zimmermann versucht, der KPD/ML die Schuld in die Schuhe zu schieben:** "Ja, vor drei Monaten wäre die Betriebsleitung unter Umständen bereit gewesen, eine Zulage zu zahlen. Aber dann hat die KPD/ML diese Sache in ihren Flugblättern gebracht - und von den Maoisten lässt sich Dr. Ringenberg natürlich nicht erpressen."

Aber die Arbeiter wissen: Ihr Feind ist das Kapital. Am nächsten Morgen um 9.30 beginnt der Streik. Die Kollegen versammeln sich innen am Werkstor. Sie rufen ihre Forderungen und diskutieren. Das ganze Werk bis auf einen Notdienst in den Giessereien liegt still. Die Aufforderung des Betriebsrats Zimmermann, wieder an die Arbeit zu gehen, verliert sich in einem Pfeifkonzert. Auch Direktor Achtzehnter, schon oft in Betriebsversammlungen von unseren Genossen in die Enge getrieben, kann sich mit einem eilig geholten Megaphon nicht lange Gehör verschaffen.

Und wieder kommt Dr. Ringenberg. Die Kollegen halten immer noch das Tor besetzt. **Inzwischen hat sich eine lange Schlange von Lastwagen gebildet, 200, 300 Meter bis über die Bundesstrasse.** Ringenbergs dicker Mercedes kommt kaum durch. Der Empfang ist entsprechend: Ein beispielloses Pfeifkonzert.

Er fordert die Kollegen ebenfalls auf, wieder an die Arbeit zu gehen, es würde ja auch sofort verhandelt. Doch die Kollegen stehen eisern: "Dann uns am Verhandlungstisch verschaukeln!" "Pass auf, oder wir holen Tomaten aus der Kantine!" Eilig verschwindet er im Verwaltungsgebäude. Sobald er wieder auf einem Treppenabsatz zu sehen ist, erneut ein gellendes Pfeifkonzert.

Kurz darauf: Die Kollegen trauen dem Betriebsrat nicht. Zu oft sind sie durch seine Verhandlungen verraten worden. Auf dem Hof wird spontan eine Verhandlungskomission von ein, zwei Delegierten pro Abteilung gewählt. Während der Verhandlungszeit bleibt das Tor weiter besetzt. Es wird beschlossen, dass immer nur 50 Kollegen auf einmal zum Essen gehen. Die anderen halten die Stellung. Inzwischen streiken 30% der Angestellten mit. Auch die Spätschicht schliesst sich an.

Nachmittags kommt Zimmermann, um das Verhandlungsergebnis bekanntzugeben: Die Arbeit soll aufgenommen werden" die Streikzeit wird bezahlt, Dienstag mittag wird das Verhandlungsergebnis bekanntgegeben.

Dieser "Kompromiss" stösst auf allgemeine Ablehnung. Alle sind sich einig: Der Streik geht weiter. Erst mal bis Dienstag mittag.

Zu diesem kämpferisch verlaufenden Streiktag hat auch die unermüdliche Arbeit der Genossen der KPD/ML beigetragen.

Wenn wir mit den Kollegen über die Notwendigkeit des Klassenkampfes sprachen, bekamen wir oft zu hören: "Hier auf der Hütte wirst Du nicht einmal einen Streik für mehr Lohn hinkriegen"... das ist doch ein richtiger Familienbetrieb, die Bauern machen da eh nicht mit" und ähnliches.

Seit anderthalb Jahren arbeitet die Betriebszelle in Lollar. Die "ROTE HÜTTE" hatte ein besonderes Verdienst daran, dass die Arbeiterverräter im Betriebsrat und IGM ihren Einfluss teilweise verloren haben. Letzten Dezember konnte die Betriebsleitung durch Denunziationen seitens der Freigestellten noch 2 gewerkschaftsoppositionelle Kollegen rausschmeissen. Der Arbeitsgerichtsprozess Börder gegen Buderus (der ROTE MORGEN berichtete darüber) hat diese Schweinereien der IGM-Betriebsräte restlos aufgedeckt.



Etwa 1500 Arbeitnehmer legten im Werk Lollar ihre Arbeit nieder. um ihren Forderungen nach 60 Pfennig Teuerungszulage Nachdruck zu verleihen.

Die D'K'P kriegt bei Buderus-Lollar bis heute noch kein Bein auf den Boden, trotz eifriger Bemühungen einiger Studenten, die auf Gewerkschaftspöstchen sitzen. Wir sind sicher, dass die Buderus-Kapitalisten jetzt bald die Revisionisten kräftig, aber diskret unter die Arme greifen werden, weil diese alten Abwiegler abgewrackt sind.

Die ausländischen Kollegen (rund 50% der Arbeiter - neuerdings sogar Südkoreaner!) haben geschlossen mitgestreikt. Diese geschlossene Kampffront versuchen Betriebsleitung und IGM-Führung jetzt dadurch zu spalten, dass sie am Dienstag für die Ausländer gesonderte Betriebsversammlungen mit aus Frankfurt angereisten Dolmetschern durchführen wollen.

Wir werden die gemeinsame Kampffront stärken, indem wir den Ausländern Flugblätter in ihrer Heimatsprache verteilen.

OPEL-WERKE BOCHUM

Die Bänder stehen still

Am 22.August trat die Belegschaft der beiden Opel-Werke in Bochum in den Streik. Damit schloß sich der erste Großbetrieb der Streikwelle gegen Lohnraub und Teuerung an. Ihm folgten schon kurz darauf 23 weitere Großbetriebe und über 60 mittlere und kleine Betriebe. Der verstärkten Ausbeutung durch Arbeitshetze, Lohnraub und Teuerung setzte die Arbeiterklasse ihr bewährtes Kampfmittel, den Streik, entgegen.

Die Opel-Kapitalisten traf er besonders hart. Gerade hatten sie den Händlern die Vorführwagen des neuen T-Modells des Kadett versprochen und rüsteten sich nicht nur zur Automesse, sondern zum Generalangriff auf alle ihre Konkurrenten in der Welt, insbesondere VW, da standen die Bänder still. Das war der genau richtige Zeitpunkt, um sie in die Knie zu zwingen.

Die Forderungen der Streikenden: **300,– DM Teuerungszuschlag und keinen Pfennig weniger! Bezahlung der Streikschichten! Weihnachtsgeld auf der Grundlage von 185 Stunden im Monat! Ein Tag Sonderurlaub für die Sonderschichten! Verkürzte Arbeitszeit, 6-14 und 14-22 Uhr mit bezahlter Pause!**

Als diese Forderungen abgelehnt wurden, setzten die Kollegen den totalen Streik durch. **Streikbrecher wurden von ihrem Arbeitsplatz fortgezerrt.** Als die Werksleitung am nächsten Tag die Bänder in Betrieb setzte, marschierten Kollegen durch die Hallen und stellten den Streik wieder her. **Dabei trugen sie weithin sichtbar die 'Zündkerze', die Betriebszeitung der KPD/ML, voran.**

Zu dieser Zeit verschickt die Werksleitung Drohbriefe an alle Belegschaftsmitglieder, in denen sie behauptet, dass der Streik die Arbeitsplätze gefährdet, das unverschämte Angebot macht, die Streikschichten durch Überstunden hereinzuholen und gegen die 'Radikalen' schimpft. Niemand kümmert sich um den Wisch.

Betriebsrat und IG-Metall versuchen, der Werksleitung zuhilfe zu kommen. **Als der Betriebsratsvorsitzende Perschke von einem Dach herab über Megafon die Streikenden auffordert, eine weiche Welle einzuschlagen und an den neuen Kadett zu denken, hat er Glück, dass er auf dem Dach steht.**

Auch die D'K'P versucht, den Streik abzuwiegeln. Besonders tut sich dabei D'K'P-Jascyk vom Vertrauensleutekörper hervor. In ihrer Betriebszeitung 'Roter Kadett' behauptet die D'K'P, die Opel-Hauptverwaltung in Rüsselsheim sei zum Einlenken bereit, aber die Konzernherren von General Motors in Detroit hätten ihr die Hände gebunden. **Die D'K'P unterscheidet zwischen 'guten deutschen' und 'bösen amerikanischen' Kapitalisten und will so den Kampf gegen die unmittelbaren Ausbeuter in Deutschland bremsen.** Sie entfaltet ferner eine Hetzkampagne gegen Meister und Antreiber, die das bestimmt verdient haben, aber im Streik lenkt sie mit dieser Kampagne die Stossrichtung von den kapitalistischen Ausbeutern ab.





Diesen Machenschaften von Betriebsrat, IG-Metall-Führung und D'K'P setzt unsere Partei ihre klassenkämpferischen Losungen entgegen: **Die Forderungen ohne Abstriche erfüllen! Wahl einer Streikleitung als einzigem Verhandlungspartner! Keine Repressionen gegen Streikende! Kampf bis zum Sieg!** Mit diesen Losungen wird die KPD/ML weiterhin in den Streikkampf bei Opel/Bochum eingreifen, jeden Verrat des Betriebsrats, der IGM-Führung und der D'K'P anprangern, anhand der zu erwartenden Eingriffe die Rolle des Staates der westdeutschen Imperialisten im Streik entlarven und zum Kampf gegen diesen Staat aufrufen.



Fortsetzung von Seite 1

Blankoscheck für Mord...

...das und nichts anderes bedeuten diese Worte der Staatsanwaltschaft Dortmund. Mord, wie an dem Schotten Mc Leod, Mord, wie an dem Lehrling in Stuttgart, Mord, wie an Georg von Rauch, Mord, wie an mittlerweile annähernd einhundert Menschen. **Alle ihre Mörder laufen frei herum. Denn der kapitalistische Unterdrückerstaat braucht sie.**



Staatsanwalt Klaus Schacht: "Keine strafbare Handlung".

Wir finden sie wieder bei den Polizeieinsätzen gegen politische Demonstrationen und streikende Arbeiter. Wir finden sie wieder hinter den verschlossenen Türen der Polizeireviere. Wir finden sie wieder als griensende Wächter in der "Glocke", im "Klingelpütz".

Und wir finden sie in vornehmerer Ausgabe an den Schreibtischen der Büros bei Hoesch und bei Mannesmann, in den Chemie- und Elektrobetrieben. Wir finden sie an den Spitzen der Banken, an den Kommandostellen der Armee.

Wir finden sie überall, wo in diesem Staat wirtschaftliche und politische Macht ausgeübt wird.

Und mit kaltem Lächeln sagen sie uns: Folgst du nicht auf den Fuss, wirst du unter gewissen Voraussetzungen erschossen werden.

Aber die deutschen Arbeiter, das deutsche Volk sind keine räudigen Hunde. Der Vater Erich Dobhardts hat Strafanzeige gegen den Mörder in Polizeiuniform erstattet. Die Rote Garde Dortmund hat in Parolen und Flugblättern zum Widerstand aufgerufen. Die Streikenden treten den bewaffneten Polizisten, wenn es sein muss, mit der blossen Faust entgegen. Die Demonstranten lassen sich das Recht auf die Strasse nicht rauben und schlagen zurück.

Gegen den Terror der Staatsmacht wächst die gerechte, revolutionäre Gewalt der Arbeiterklasse und des Volkes. Und die Arbeiter, wie auch die Bauern und Studenten müssen und werden in ihrem Kampf begreifen: Dieser Blankoscheck für den Mord kann nur zerrissen werden, wenn die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei, der KPD/ML, diesen organisierten Gewaltapparat zerschlägt und auf seinen Trümmern die Diktatur des Proletariats errichtet.

STREIK BEI FORD!

Nach Opel/Bochum und anderen Großbetrieben trat am 24.August die Spätschicht der Ford-Werke in Köln in den Streik. Zwar werden auch hier wirtschaftliche Forderungen aufgestellt, aber der Streik entzündete sich nicht an ihnen. Den Beginn machten die türkischen Kollegen, als sie die Zurücknahme der Entlassungen von 300 Landsleuten forderten, denen die Werksleitung Überziehung des Urlaubs im Juli vorwirft.

Für die entlassenen türkischen Kollegen bedeutete dies nach den Ausländergesetzen, dass ihnen die Arbeitserlaubnis entzogen werden konnte, was ihre Abschiebung in die Türkei zur Folge gehabt hätte. **Diese Entlassung der türkischen Kollegen war eine himmelschreiende Brutalität.** Dieses Vorgehen der deutschen und amerikanischen Ford-Kapitalisten ist ein weiterer Beweis dafür, was sich hinter dem Geschwätz der Ausbeuter von 'Freiheit' und 'Menschenwürde' verbirgt: nackter Terror.

Seinem Wesen nach richtete sich der Solidaritätsstreik der türkischen Kollegen nicht nur gegen die Entlassungen durch die Werksleitung, **sondern indirekt gegen die Ausländergesetze des westdeutschen Imperialismus, mit dem er unsere ausländischen Kollegen ausbeuten lässt, solange es den Kapitalisten passt, und sie wie Müll behandelt, wenn sie nicht mehr gebraucht werden.**

Es ist ein besonderes Merkmal des Streiks bei Ford/Köln, dass sich die deutschen Kollegen dem Solidaritätsstreik der Türken sofort anschlossen und damit die Spaltungsmanöver der Kapitalisten, die stets die ausländischen Kollegen gegen uns und uns gegen die ausländischen Kollegen auszuspielen versuchen, zunichte machten. **Von Anfang an machten sie aller Welt klar, dass die deutschen und ausländischen Kollegen im Kampf gegen die Ausbeutung durch die Kapitalisten und die politische Unterdrückung der ausländischen Kollegen durch den imperialistischen Staat eine Kampffront sind.**

Nachdem sich der Streik an der Entlassung und drohenden Abschiebung der türkischen Kollegen entzündet hatte und auf die Nachtschicht übergriff, stellten die Streikenden weitere Forderungen auf. Diese Forderungen richteten sich aber nicht nur gegen Lohnraub und Teuerung, sondern auch gegen die Arbeitshetze, mit der die Kapitalisten ihre Profite zu steigern versuchen. Neben der Forderung nach einer Teuerungszulage von einer Mark pro Stunde verlangten die Kollegen die Verminderung der Bandgeschwindigkeit. **Damit geht dieser Streik nicht mehr nur um die dringend benötigten Lohngroschen, sondern gleicherweise gegen die unmenschliche Arbeitshetze, mit der die Ford-Kapitalisten immer mehr Millionen aus der Arbeit der Kollegen herausschlagen wollen, und gegen die politische Unterdrückung der ausländischen Kollegen, die schon lange ein untrennbarer Teil der Arbeiterklasse in Westdeutschland geworden sind.**

Gegenüber den vorangegangenen Streiks in vielen kleineren Betrieben und bei Opel/Bochum ist der Streik bei Ford/Köln eine höhere Form des Streikkampfes gegen Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung. **In der sich entwickelnden Streikwelle in ganz Westdeutschland nimmt der Streik bei Ford/Köln einen besonders wichtigen Platz ein und ist ein Wegweiser für alle kommenden Streiks.**

ČSSR: Fünf Jahre sowjetisches Besatzerregime

In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 überfielen massierte sowjetische Truppenverbände die CSSR und besetzten sie. Die neuen Zaren im Kreml gaben vor, das Land vor der Konterrevolution und dem Eindringen des westdeutschen Imperialismus retten zu müssen. Um vor der Welt nicht als alleiniger Aggressor dazustehen, zwangen sie ihre Satelliten in der DDR, in Polen, Ungarn und Bulgarien, an diesem hinterhältigen Einfall in ein souveränes, unabhängiges Land mit Truppeneinheiten teilzunehmen. Einzig die Volksrepublik Rumänien, die trotz ihrer gefährdeten strategischen Lage eine korrekte marxistisch-leninistische Linie in der Aussenpolitik verfolgte, liess sich nicht zur Teilnahme an diesen Verbrechen zwingen.

In Wirklichkeit ging es den sowjetischen Revisionisten darum, die revisionistische Führungsclique der 'K'PTsch um Dubcek, Smrkovsky und Svoboda daran zu hindern, statt des sowjetischen einen eigenen Weg zurück zum Kapitalismus einzuschlagen und sich dabei der strikten Bevormundung durch die neuen Kremlzaren in einem gewissen Masse zu entziehen. Dass der westdeutsche Imperialismus dabei seinen Einfluss auf jede erdenkliche Weise verstärken und ausbauen würde, war im vorhinein klar, aber ebenso klar war, dass weder die westdeutschen noch die US-Imperialisten militärisch eingreifen würden. Dazu war das Komplott der Supermächte US-SU schon zu weit gediehen und jede der Supermächte respektierte das Einflussgebiet der anderen. **Die Weichen zu den Verträgen Moskau-Washington und Moskau-Bonn waren zu der Zeit schon gestellt.**

Die Bestrebungen der Dubcek-Clique war zwar die Wahrung der Unabhängigkeit und Souveränität der CSSR, aber nicht auf einer sozialistischen, sondern einer der neuen Bourgeoisie entsprechenden kapitalistischen Grundlage, die es ihr ermöglichen würde, **neben vielen anderen Privilegien gegenüber dem Volk und der Arbeiterklasse auch das von Dubcek verkündete Privileg der "Freiheit der unternehmerischen Entscheidung" für die auf ihren eigenen Vorteil gerichteten Zwecke auszunutzen.** Die Regierung Dubcek vertrat nicht die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes, sondern die Interessen der neuen Bourgeoisie aus hohen und höchsten Funktionären, Managern, Technokraten, Intelektuellen usw. Deshalb wagte sie auch nicht, **sich bei der Abwehr der sowjetischen Invasion auf die Arbeiterklasse und das Volk zu stützen. Statt das Volk zu bewaffnen, entwaffnete sie es. Statt zu kämpfen, gab sie ihren Truppen den Befehl, keinen Widerstand zu leisten.** Ihre Handlungsweise glich aufs Haar derjenigen der bürgerlichen tschechoslowakischen Regierung Benesch, die beim Einmarsch der Nazi-Truppen im März 1939 die wörtlich gleichen Aufrufe an das Volk erliess. **Beidemale liess die Regierung das Volk in seinem Kampf gegen ein brutales ausländisches Besatzerregime im Stich und beidemale wehrte sich das Volk,** verübte spontane Sabotageakte, desorientierte den Feind durch Beseitigung von Wegweisern und Strassentafeln, boykottierte und bespie ihn, verkaufte ihm keine Waren, demolierte seine Fahrzeuge und Einrichtungen und leistete passiven Widerstand.

Um das Volk irrezuführen und seinen Widerstand zu dämpfen, ersetzten die sowjetischen Besatzer durch den im Volke populären, aber den sowjetischen Revisionisten ergebenen Husak, tauschten sie die eine, nicht ganz gehorsame Revisionistenclique gegen eine andere, gehorsame aus. Aber damit konnten sie niemanden täuschen. Der Widerstand, vor allem der Arbeiterklasse gegen die sowjetischen Besatzer hält bis heute an.

Ihren flagranten Überfall benutzten die neuen Kremlzaren gleich dazu, die Breschnew-Doktrin zu proklamieren, worin sie festlegen, **dass die Staaten des Sowjetblocks nur über eine beschränkte Souveränität verfügen und die Sowjetunion jederzeit zu massiven, auch militärischem Eingreifen in die inneren Angelegenheiten dieser Länder berechtigt ist,** wenn sie es zur Wahrung angeblich gemeinsamer, in Wirklichkeit rein sowjetischer Interessen der neuen Bourgeoisie, für nötig hält. Damit verliessen die sowjetischen Revisionisten offen die marxistisch-leninistischen Grundsätze der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und gaben sich offen das Recht, das sie sich bis dahin weniger offen genommen hatten.

Mit dem Einfall in die CSSR und der Verkündung der Breshnew-Doktrin zeigten die sowjetischen Revisionisten zum ersten Mal für jeden erkennbar ihren sozialimperialistischen Charakter, zeigten sie, dass sie zu jeder imperialistischen Schandtat bereit sind, wenn es um die Interessen ihrer neuen Bourgeoisie geht, und dass sie eine faschistische Diktatur von der Art Hitlers über den gesamten Sowjetblock ausüben.

Die Arbeiterklasse und die Völker der Welt erhoben sich einhellig zur Verurteilung der Besetzung der CSSR durch die sowjetischen Sozialimperialisten. Die Arbeiter und Werktätigen Westdeutschlands bekundeten in machtvollen Demonstrationen ihre Solidarität mit dem geknechteten und kämpfenden tschechischen und slowakischen Volk und ihre Empörung über die Aggression. Die westdeutschen Imperialisten nutzten diese Proteste zur massiven Propagierung des 'Prager Frühlings' und des 'Sozialismus mit menschlichem Antlitz' der verräterischen Dubcek-Clique und gaben ihnen eine antikommunistische Stossrichtung, indem sie den sowjetischen Sozialimperialismus als Kommunismus hinstellten und das Volk in die Irre führten.

Nicht nur im Weltmasstab, auch bei uns in Westdeutschland verdeutlichte der imperialistische Einfall der Sowjetunion in die CSSR die klare Trennung zwischen den modernen Revisionisten und den wirklichen Marxisten-Leninisten, **zwischen der revisionistisch entarteten D'K'P, die diesen Einfall nicht nur befürwortete, sondern als grossen Sieg feierte, und denjenigen Mitgliedern der alten KPD, die sich um die Zeitung 'Roter Morgen' zusammengeschlossen hatten** und im harten ideologischen Kampf gegen den modernen Revisionismus den Aufbau einer korrekten marxistisch-leninistischen Partei, der KPD/ML, vorbereiteten. Dabei stützten sich die Marxisten-Leninisten auf die korrekte marxistisch-leninistische Linie der KP Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens in ideologischen, ökonomischen, politischen, aussenpolitischen und anderen Fragen und kennzeichneten die Besetzung der CSSR durch die Truppen der sowjetischen Sozialimperialisten, gleich den beiden grossen Bruderparteien, als **krasse Verletzung des marxistisch-leninistischen Prinzips der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten.**

Obwohl sich die sowjetischen Sozialimperialisten weitgehend mit den westdeutschen Imperialisten arrangiert haben, gegen die sie die CSSR angeblich verteidigen wollten, halten sie das Land nun schon fünf Jahre lang militärisch besetzt und bauen diese Besetzung ständig aus. **Diese andauernde Besetzung ist eine "unerbittliche Repression des gerechten Kampfes des tschechoslowakischen Volkes gegen die Aggression"** (Agentur 'Neues China').





SOWJETISCHE BESATZER RAUS AUS DER CSSR!
VORWÄRTS IM KAMPF GEGEN DIE SOWJETISCHE SOZIALIMPERIALISTISCHE AGGRESSION!

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Korea: Gegen US-Imperialismus - Für die Wiedervereinigung

Vor 28 Jahren, am 15.August 1945, wurde Korea vom japanischen Kolonialjoch befreit. Acht Jahre später, am 27.Juli 1953, wurde der Waffenstillstand von Panmunjon abgeschlossen, der dem imperialistischen Krieg der USA gegen Nordkorea ein Ende setzte, in dem die US-Imperialisten versucht hatten, ganz Korea unter ihre Herrschaft zu bringen. Sie scheiterten am Widerstand und Kampfwillen des Volkes von Nordkorea, zwangen dem Land aber die Spaltung in zwei Staaten auf, von denen der eine, die Demokratische Volksrepublik Korea, sich auf dem Weg zum Sozialismus befindet, während der andere, Südkorea, zu einer Kolonie des US-Imperialismus wurde. Damit verfuhren die US-Imperialisten in Korea nicht anders als sie es überall in der Welt tun, wo Völker für ihre Befreiung kämpfen, in Vietnam, Laos und Kambodscha, wo sie versuchen, die Länder zu spalten, um wenigstens die Hälfte zu behalten, wo sie das Ganze nicht erobern können.

Diesen zwei bedeutenden Daten wird nun ein drittes hinzugefügt, der 23.Juni 1973, an dem der Präsident der Demokratischen Volksrepublik Korea, Genosse Kim Il Sung, das Fünfpunkte-Programm zur unabhängigen und friedlichen Wiedervereinigung Koreas verkündete. Dieses Programm ist ein Meilenstein auf dem Weg zur Beseitigung der dem Lande von den US-Imperialisten und ihren Marionetten in Seoul aufgezwungenen Spaltung. Die starke nationale Ausstrahlung der auf dem Weg zum Sozialismus befindlichen Demokratischen Volksrepublik Korea zwang die nationalen Verräter in Südkorea, ihren zwanzig Jahre alten Grundsatz des Nichtverhandelns mit Nordkorea zu durchbrechen und in Gespräche über die unabhängige und friedliche Wiedervereinigung des Landes mit der Regierung in Pyöngyang zu treten.



Der Führer des koreanischen Volkes: Ministerpräsident Kim Il Sung.

28 Jahre nach der Befreiung und 20 Jahre nach dem Waffenstillstand von Panmunjon ist Südkorea noch immer von den Truppen der US-Imperialisten besetzt, ist es noch immer ihre Kolonie und ihr Brückenkopf gegen die Demokratische Volksrepublik Korea und andere unabhängige Staaten in Asien, vor allem gegen die Volksrepublik China. Die US-Imperialisten haben dem Volk von Südkorea die Herrschaft einer pro-amerikanischen faschistischen Clique aufgezwungen, die fortgesetzt eine tief reaktionäre, antinationale Politik führt, den japanischen Militaristen Tür und Tor öffnet und sich voll und ganz in den Dienst des US-Imperialismus stellt. Die US-Imperialisten halten nicht nur das Land mit ihren Truppen besetzt, sondern versorgen darüber hinaus die reaktionäre Park Chung He-Clique mit modernsten Waffen und unternehmen gemeinsam mit ihr unablässig Aggressionen und Provokationen gegen Nordkorea, Grenzverletzungen, Beschiessungen, Verletzung der territorialen Gewässer Nordkoreas etc. Mit solchen Aktionen bereiten die US-Imperialisten einen neuen Krieg gegen die Demokratische Volksrepublik Korea vor und glauben, durch die militärische Bedrohung Nordkoreas die unabhängige und friedliche Wiedervereinigung verhindern und ihre Kolonialherrschaft in Korea aufrecht erhalten zu können. **Die aggressive Politik der US-Imperialisten ist der Hauptfaktor bei der Bedrohung des Friedens in diesem Raum und das Haupthindernis bei der vom ganzen koreanischen Volk ersehnten unabhängigen und friedlichen Wiedervereinigung.**

Im Schatten der US-Imperialisten versuchen auch die japanischen Militaristen, in Südkorea ihren Schnitt zu machen. Sie tätigen grosse Investitionen in Südkorea und versuchen mit allen Mitteln, den US-Imperialisten die fettesten Brocken abzujagen. Das hindert sie aber nicht, mit den US-Imperialisten in einer Front zu stehen, wenn es um die Demokratische Volksrepublik Korea geht. In den Machenschaften der US-Imperialisten gegen Nordkorea spielen sie eine bedeutende Rolle. Insgeheim hegen sie noch immer die Absicht, Korea wieder zu besetzen, und sich die reichen Bodenschätze dieses Landes anzueignen. Sie sind ein weiteres Hindernis bei der unabhängigen und friedlichen Wiedervereinigung des Landes.

Gegen imperialistische Unterdrückung - Der Kampf um das Friedensprogramm des Volkes

Diesen üblen Machenschaften der US-Imperialisten, der japanischen Militaristen und der pro-amerikanischen faschistischen Park Chung He-Clique in Seoul setzte Genosse Kim Il Sung das Fünfpunkteprogramm entgegen.

Punkt 1 dieses Programms sieht eine Beendigung des Zustands der militärischen Konfrontation der beiden koreanischen Staaten und die Verminderung der Spannungen zwischen beiden Teilen des Landes vor, durch die das gegenseitige Misstrauen abgebaut und Verständnis und Vertrauen zwischen Nord und Süd hergestellt werden soll. **Die Beseitigung der militärischen Konfrontation kann nur verwirklicht werden, wenn alle ausländischen Truppen aus Südkorea abgezogen – in Nordkorea befinden sich seit dem Abzug der chinesischen Freiwilligen kurz nach dem Waffenstillstand von 1953 keine ausländischen Soldaten mehr – die Einfuhr von Waffen und das Wettrüsten in beiden Teilen des Landes eingestellt werden und ein Friedensvertrag abgeschlossen wird.**

Die koreanische Armee zerschmettert den Feind

Diesem korrekten Weg der Beseitigung der militärischen Konfrontation und der Verringerung der Spannungen weicht die herrschende Clique in Südkorea aus und möchte die Lösung dieses Problems hinausschieben, indem sie stattdessen die Lösung anderer, zweitrangiger Probleme fordert, die ohne die Lösung des wichtigsten Problems, eben der Beendigung der militärischen Konfrontation und der Verminderung der Spannungen zwischen beiden Landesteilen, gar nicht zu lösen sind.

Punkt 2 des Programms fordert die allseitige enge Zusammenarbeit auf politischem, militärischem, diplomatischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Nur so können die Vorbedingungen für die unabhängige und friedliche Wiedervereinigung des Landes geschaffen werden.

Die südkoreanischen Behörden jedoch lehnen diese Zusammenarbeit ab. Sie lassen unbegrenzt ausländisches Kapital ins Land und verwandeln die Wirtschaft in ein Anhängsel des Auslands, vor allem der US-Imperialisten und der japanischen Militaristen. **Statt der gemeinsamen Nutzung der Bodenschätze und der Entwicklung der Wirtschaft im Interesse des ganzen koreanischen Volkes, betreiben sie den Ausverkauf Südkoreas.**

Punkt 3 fordert die Einberufung einer Grossen Nationalversammlung, bestehend aus Arbeitern, werktätigen Bauern, werktätiger Intelligenz, studentischer Jugend und Soldaten aus dem Norden, Arbeitern, Bauern, studentischer Intelligenz, Wehrpflichtigen, nationalen Kapitalisten und Kleinbürgern aus dem Süden sowie Vertretern der politischen Parteien und sozialen Organisationen (Gewerkschaften, Jugendverbände etc.) aus beiden Teilen des Landes.

Punkt 4 fordert, dass diese Grosse Nationalversammlung die Errichtung einer Konföderation zwischen Nord und Süd vorantreibt, welche die beiden zur Zeit in Korea bestehenden Systeme einstweilen intakt belässt. Diese Konföderation soll den Namen 'Konföderierte Republik von Koryo' erhalten, nach dem geschichtlichen Staat auf dem Gebiet der beiden heutigen Staaten in Korea.

Punkt 5 fordert, dass diese Konföderation eine gemeinsame Aussenpolitik beider Landesteile verwirklicht. Deshalb sollten die heute bestehenden Staaten nicht getrennt den Vereinten Nationen beitreten. **Die Demokratische Volksrepublik Korea weist alle Versuche zurück, über den getrennten Beitritt zu den Vereinten Nationen die Existenz 'zweier Koreas' zu konstruieren. Zugleich verlangt die Regierung Nordkoreas, dass die Vereinten Nationen den US-Besatzern in Südkorea die Helme mit der Aufschrift 'UN' (Vereinte Nationen – Anm.d.Red.) vom Kopf reissen und verhindern, dass die US-Imperialisten unter dem Deckmantel der Vereinten Nationen die Spaltung Koreas verewigen.** Sie fordert weiter die Auflösung des sogenannten 'UN-Ausschusses für die Vereinigung und den Wiederaufbau Koreas', dessen Existenz eine Einmischung in innerkoreanische Angelegenheiten darstellt.

Die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea warnt die USA vor dem Glauben, sie könnten jede kleinere Nation schlucken und ihre koloniale Vorherrschaft in Südkorea unter der Falle des Antikommunismus und durch Unterstützung ihrer korrupten Günstlinge in Söul aufrechterhalten. **"Eine solche Politik wird den Widerstand und den Hass der Mehrheit der Völker der Welt hervorrufen und den Untergang des US-Imperialismus beschleunigen", sagte Genosse Kim Il Sung.**



Im Produktionskampf

Gegen imperialistische Unterdrückung - Der Kampf der Völker der Welt

1951 glaubten die US-Imperialisten noch, es würde ihnen leicht fallen, in Korea Siege zu erringen, das ganze Land zu besetzen und die damals noch sozialistische Sowjetunion und die junge Volksrepublik China einzukreisen und zu vernichten, aber der aufopferungsvolle Kampf des koreanischen Volkes und der chinesischen Volksfreiwilligen zerschlug diese Illusionen. Die Reihe der Niederlagen des US-Imperialismus gegen die um ihre Befreiung kämpfenden Völker setzte sich in Vietnam, Laos und Kambodscha fort. Überall da, wo sie ihre imperialistische Unterdrückung durchsetzen wollen, werden die US-Imperialisten geschlagen werden.

In seinem Kampf für die unabhängige und friedliche Wiedervereinigung des Landes und gegen die Aggression der US-Imperialisten stehen dem koreanischen Volk die Volksrepublik China, und die Volksrepublik Albanien, der Leuchtturm des Sozialismus in Europa, brüderlich zur Seite. In diesem Kampf wird das koreanische Volk von allen fortschrittlichen Völkern in der Welt unterstützt. Auch das Proletariat, das Volk von Westdeutschland, das schon 1951 in mächtigen Demonstrationen seine Solidarität mit dem kämpfenden koreanischen Volk bewiesen hat, wird gegen die Aggression des US-Imperialismus und ihrer Marionetten in Söul und für den Kampf für das Fünfpunkte-Programm auf der Seite des koreanischen Volkes stehen.

FÜR EINE UNABHÄNGIGE,
FRIEDLICHE WIEDERVEREINIGUNG KOREAS!
US-IMPERIALISTEN UND JAPANISCHE MILITARISTEN,
RAUS AUS KOREA!

Hört die revolutionären Sender !

RADIO TIRANA

Achtung Änderungen!

23.oo - 23.3o 41 unJ 5o Meter
Nicht mehr 215 Meter
sondern: 206 Meter.

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.oo - 6.3o	41 und 5o Meter
	215 Meter
13.oo - 13.3o	32 und 41 Meter
14.3o - 15.oo	32 und 41 Meter
16.oo - 16.3o	32 und 41 Meter
18.oo - 18.3o	32 und 41 Meter
19.oo - 19.3o	41 und 5o Meter
21.3o - 22.oo	41 und 5o Meter

Jetzt auch 215 Meter

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
5o Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 4oo khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1 456 kHz

RADIO PEKING

19.oo - 19.3o Immer: 43.7, 42.8
21.oo - 22.oo und 26.2 Meter

Hauptstütze des US-Imperialismus im NATO-Kriegspakt

DER WESTDEUTSCHE IMPERIALISMUS EINE WIRKLICHE GEFAHR FÜR DIE VÖLKER EUROPAS

"...Und heute ist das die NATO. Neulich haben wir erst dicht bei einem Haus eine Fliegerbombe gefunden. Hier ist doch kein Mensch sicher! Und jetzt wird schon seit Jahren verhandelt. Wir haben das satt! Jetzt kommen Aktionen - solange, bis die hier dicht machen!" Ebenso entschlossen wie die Nordhorner gegen den Bombenabwurfplatz der NATO" Nordhorn-Range vorgingen, kämpften die Einwohner von Cloppenburg gegen die Errichtung eines NATO-Übungsplatzes: "Irische Verhältnisse werden hier eintreten, wenn man daran festhält, einen Bombenabwurfplatz hierher zu legen!"

Diese Kampferklärung bringt zum Ausdruck, dass der Widerstand der Bevölkerung gegen ausländische Truppen, sowie gegen die fortschreitende Militarisierung in Westdeutschland wieder militante Formen angenommen hat.

Mit brutaler Gewalt reagierte der westdeutsche Imperialismus auf diese Kampferklärung - Polizeiknüppel, Bundesgrenzschutz und tieffliegende NATO-Bomber wurden gegen die Bevölkerung eingesetzt. Das aber ist das beste Zeichen dafür, dass die westdeutsche Bourgeoisie an einer empfindlichen Stelle getroffen wurde: Durch ihre militanten Aktionen haben Teile der Bevölkerung offen erklärt, dass sie für die Expansions- und Aggressionspläne der westdeutschen Imperialisten keine Opfer mehr bringen wollen.

Dieser Kampf setzt die Tradition fort, den die westdeutsche Arbeiterklasse gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands nach dem 2. Weltkrieg geführt hat.

1952 schloss die Adenauer-Regierung Westdeutschland dem aggressiven Militärbündnis der Westmächte an. Der Generalvertrag und der Vertrag zur Teilnahme an der EVG (Europäische Verteidigungsgemeinschaft) wurde unterzeichnet. Damals kämpften dagegen Hunderttausende Jugendliche und Werktätige unter der Führung der KPD und der FDJ. Und auch damals schlug die Bourgeoisie brutal zu: Auf einer Friedensdemonstration von 40 000 Jugendlichen in Essen griffen Polizeieinheiten ein und erschossen dabei den Genossen Philipp Müller.

US-Imperialismus - Vorherrschaft über Westeuropa

1948 hatte US-General Marshall erklärt: "...Wir werden eine solche Chance nicht zum zweiten Mal vor uns haben. Das europäische Hilfsprogramm ist viel mehr als ein blosser wirtschaftlicher Eingriff. Es stellt einen ausserordentlichen Versuch konstruktiver Führung dar. Wenn es angenommen wird, glaube ich, dass es zu den grössten geschichtlichen Unternehmungen, die die Annalen der Weltzivilisation kennen, zählen wird."

Bereits nach dem 1. Weltkrieg war es dem US-Imperialismus gelungen, in Europa verstärkt Fuss zu fassen. Jetzt aber, nach der Niederschlagung des Hitlerfaschismus durch die Rote Armee und den antifaschistischen Kampf der Völker Europas" lag der deutsche Imperialismus am Boden, der französische und britische Imperialismus waren am Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Wahrhaftig, das war die grosse Stunde des US-Imperialismus, über Europa seine Vormachtstellung zu errichten. Nicht der Wunsch, zu helfen, trieb die US-Imperialisten zu ihrem Marshall-Plan, sondern die kapitalistische Gier. Durch Kredite, durch Direktinvestitionen in Europa, wollten sie die europäischen Konkurrenten aus dem Felde schlagen und so die grösstmöglichen Profite realisieren. Sie bauten auf die Wirtschaftsschwierigkeiten der durch den Krieg verwüsteten Länder, um so in Europa durch Erpressungsversuche die eben entstandenen Volksdemokratien und vor allem die damals sozialistische Sowjetrepublik zu zerschlagen. So erklärte der State Department-Berater, Benjamin V. Cohen 1947: "Die gegenwärtige wirtschaftliche Hilfe der Vereinigten Staaten für Europa ist vielleicht die beste amerikanische Gegenoffensive, um die Schaffung von Regierungen kommunistischer Minderheiten im Auslande aufzuhalten."

Zonen der Westalliierten - Brückenkopf des US-Imperialismus

Stütze dabei sollte vor allem das völlig zerstörte Deutschland in den westlichen Zonen werden. So wurden flugs dieselben Gangster des Finanzkapitals, die bereits Hitler an die Regierung gebracht hatten, die Abs, Thyssen usw. wieder in den Sattel gehoben. Vom Marshall-Plan hochgepäppelt kam der Deutsche Imperialismus wieder auf die Beine: Das Potsdamer Abkommen wurde vom US-Imperialismus und seinen westlichen Verbündeten gebrochen, der westdeutsche Staat wurde in den Westzonen gegründet als ein Brückenkopf des US-Imperialismus gegen das sozialistische Lager, aber auch gegen die Völker Europas.

Dem westdeutschen Kapital sollte es recht sein. Gemeinsam mit den US-Imperialisten sass es den westdeutschen Volk im Genick und hatte angesichts eines solch mächtigen Bündnispartners bereits berechtigte Hoffnungen, wieder zur Grossmacht aufzusteigen.

Das deutsche Volk in den Westzonen wehrte sich damals mit allen Kräften gegen die Wiedererrichtung des deutschen Imperialismus. Militante Aktionen von Arbeitern und Bauern, machtvolle Demonstrationen und Streiks Hunderttausender waren die Antwort des Volkes. Mit Polizei und Bundesgrenzschutz, mit den Besatzungsmächten und ihren Truppen im Rücken, konnte der westdeutsche Imperialismus damals noch einmal verhindern, dass ihm das Genick gebrochen wurde.



Wollt ihr wieder fallen, damit die Aktien steigen?!

US-Imperialisten päppeln westdeutschen Revanchismus auf

Kaum begann der westdeutsche Imperialismus auf Kosten des westdeutschen Volkes fett zu werden, stellte er auch schon wieder seine expansionistischen und aggressiven Ansprüche. Vom US-Imperialismus begünstigt und geradezu angehalten, führte er gegen die DDR sowie das gesamte sozialistische Lager die Politik des kalten Krieges, um seine revanchistischen Ziele, die deutsche Grossmacht, zu verwirklichen. Aber auch im Westen Europas machte er bereits wieder den starken Mann.

NIEDER
MIT DER NATO!
KPD/ML
NIEDER
MIT DEM WAR-SCHAUER PAKT!

Als der EWG-Vertrag mit Bonn abgeschlossen wurde, war für den westdeutschen Imperialismus die Grundlage gegeben, langsam aber sicher seine Ziele im Westen zu realisieren - wenn auch im Schatten des US-Imperialismus. **Ein Mitglied der westdeutschen Delegation äusserte damals nach Vertragsabschluss: "Früher pflegte man grosse Ereignisse dieser Art durch Feldherren, Generäle und Schlachten zu gestalten. Heute machen wir es mit Verträgen. Ich glaube, dass das, was wir auf diese Weise mit juristischen Artikeln geschaffen haben, mindestens ebenso gut, hoffentlich besser und beständiger ist."**

In der Tat. Beliefen sich die europäischen Auslandsinvestitionen Westdeutschlands 1960 noch auf 1,03 Mrd. DM, so legten die westdeutschen Imperialisten 1970 bereits 10,78 Mrd. DM in den EWG- und EFTA-Ländern an, um dort Einfluss zu gewinnen und über die eigenen Grenzen hinaus die europäische Arbeiterklasse auszuplündern.

Doch wären sie keine Imperialisten, würden sie nicht auch für die militärische Absicherung ihrer Investitionen sorgen. Im Zeitraum von 1949 bis 1955 wurde unter der Führung des US-Imperialismus der NATO-Kriegsblock aufgebaut. Das Ziel dieses Kriegsblocks war von vornherein auf Aggressionskrieg ausgerichtet. Zum einen richtete er sich gegen die Sowjetunion und die sozialistischen Länder Osteuropas, zum anderen aber sollte er von Anfang an der Niederhaltung der europäischen Völker, der Vorherrschaft des US-Imperialismus dienen.

In Artikel 5 des Nordatlantikvertrags vereinbaren die Vertragspartner, "dass ein bewaffneter Angriff gegen einen oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen alle angesehen wird", dass jede Seite von ihnen "Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Massnahmen, einschliesslich der Anwendung von Waffengewalt trifft, die sie für erforderlich erachtet."
Das heisst nichts anderes, als dass die Nato unter Führung des US-Imperialismus dann einschreiten wird, wenn sich in Europa die Völker gegen den US-Imperialismus erheben, oder wenn in einem Mitgliedsland der Nato die Klassenkämpfe sich derart verschärfen, dass die politische und wirtschaftliche Macht der jeweiligen Bourgeoisie und ihrer internationalen Kumpane gefährdet ist. Das Ziel dieses Kriegsblocks spiegelt sich auch wieder in den Kriegsausgaben: Die Ausgaben der Nato-Länder stiegen von 18,7 Mrd. Dollar 1949 auf 104 Mrd. im Jahre 1970. Allein die Vereinigten Staaten haben von 1949 bis 1969 für die Nato 1010 Milliarden Dollar ausgegeben, um Panzer, Flugzeuge, Raketen und Geschütze auf dem modernsten Stand zu halten. Dass die USA damit den Löwenanteil von 74% der Gesamtausgaben bestreiten, zeigt, wer Herr im Hause ist und wem in erster Linie dieses Bündnis dient.

Im Rahmen der Nato wurde auch der westdeutsche Imperialismus von den US-Imperialisten wieder aufgerüstet und zur militärischen Hauptstütze des US-Imperialismus in Europa ausgebaut. Nachdem die US-Imperialisten dem westdeutschen Revanchismus die Startlöcher für die Wiederbewaffnung frei gemacht hatten, entfaltete er ein ungeheures Wettrüsten und ist heute unter den europäischen Imperialisten nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch wieder die Nr.1. Jährlich werden rund 240 000 Wehrpflichtige einberufen, bis 1982 soll die Zahl der Reservisten 2,4 Millionen erreicht haben. Hinzu kommt eine der modernsten Kriegsausrüstungen der Welt. Die westdeutsche Rüstungsproduktion der Flick, Krupp, Siemens, BASF usw. haben heute wieder Rang und Namen im internationalen Waffengeschäft.



Schützenpanzer-Fertigung bei Rheinstahl

Der westdeutsche Revanchismus und Militarismus ist somit dank der US-Imperialisten wieder belebt worden.

Bonn - Moskau: Eine Hand wäscht die andere

Doch nicht nur die US-Imperialisten sind die Ziehväter dieser gefährlichen Macht in Europa.

Die Sowjetunion Stalins, deren Rote Armee die Speerspitze des Kampfes der Völker Europas gegen den kriegswilden Hitlerfaschismus war, setzte sich auch nach Beendigung des 2.Weltkrieges für die Interessen der Völker Europas konsequent ein. Sie beharrte auf der Verwirklichung des Potsdamer Abkommens.

Die neuen Kremlzaren, die sich nach dem Tode Stalins der Sowjetführung bemächtigten, sie haben diese Kampfpositionen der Völker Europas verraten. Zugunsten ihrer konterrevolutionären Zusammenarbeit mit den US-Imperialisten haben sie dem westdeutschen Finanzkapital und seiner Brandt-Regierung zu politischer Bedeutung verholfen.

Jahrelang hatten die westdeutschen Imperialisten darauf spekuliert, ohne Friedensvertrag, ohne öffentlichen Verzicht auf neue Kriege international verhandlungsfähig zu werden. Die Moskauer Führer erfüllten ihnen diesen Wunsch, warfen ihnen gar Westberlin, auf dem Territorium der DDR liegend, in den Rachen und liessen ihnen in verschiedenen Verträgen den Weg zur Einverleibung der DDR offen. Aber auch die Sozialimperialisten verschenken nichts. Im Handel dagegen erwarben sie langfristige Kredite; die Verhandlungen mit dem europäischen Kettenhund des US-Imperialismus wertete die SU-Imperialisten selber in Europa auf. **Nicht zuletzt erwarten sie von Bonn, dass es seinen wirtschaftlichen und finanziellen Einfluss in Ost- und Westeuropa geltend macht, damit der Status quo in der Aufteilung der Einflussgebiete der beiden Supermächte erhalten bleibt.**
Im Rahmen ihrer eigenen aggressiven Pläne haben die beiden Supermächte den westdeutschen Imperialismus vor seinem Untergang bewahrt und mit ihm einen neuen gefährlichen Bluthund in Europa grossgezogen.

Heute schon glauben die Ruhrmonopole, sie könnten in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht jede andere europäische Macht herausfordern, insbesondere Frankreich und England. Sie träumen und kämpfen, damit ihre eigene Macht — selbstverständlich im Rahmen der amerikanisch-sowjetischen Allianz — die Quelle einer vorherrschenden Macht in Europa werde.

Fortsetzung

IN DER NÄCHSTEN AUSGABE DES ROTEN MORGEN

*****

Nieder mit den Strafbefehlen zur Breshnew- Demonstration!

Mitte August erhielt Genosse S.M. aus Kassel einen Strafbefehl über 500 DM. Ihm wird Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte vorgeworfen. Dabei soll er einen Beamten vorsätzlich mit einem gefährlichen Gegenstand mißhandelt haben. Der entscheidende Punkt der Anklage ist aber Punkt 3: Teilnahme an einem 'verbotenen Aufzug'.

Genosse S.M. soll bezahlen, weil er am 19.Mai gegen den Besuch des Sozialimperialisten Breshnew in Bonn demonstrierte. Mit ihm sollen noch hunderte mit ihren Groschen die Staatskassen füllen. Dem Polizeiterror vom Mai soll der Justizterror folgen. Dieser Angriff der Staatsgewalt muss zurückgeschlagen werden.

Warum ging die Bourgeoisie gerade bei der Demonstration gegen den Breshnew-Besuch so brutal vor? Warum wurden gerade vor diesem Besuch die Kriminalisierungsversuche gegen die Marxisten-Leninisten, gegen die KPD/ML verstärkt?

Breshnews Besuch in Bonn, gerade einen Monat vor der Unterzeichnung des Grundvertrags mit der DDR, war von grosser politischer Bedeutung für die westdeutschen Imperialisten. Mit seinem Besuch in Bonn machte das Oberhaupt der Sozialimperialisten deutlich, dass sie auf ihre Weise den Schlusstrich unter den zweiten Weltkrieg ziehen. Achtung wird den Nachfolgern des faschistischen Hitlerregimes gezollt, mit Füssen getreten werden die Interessen des deutschen Volkes.



Konterrevolutionäre Zusammenarbeit gegen Kommunisten und die werktätigen Massen

Um diese konterrevolutionäre Zusammenarbeit zwischen zwei imperialistischen Mächten zu vertuschen, war es sowohl für die westdeutschen Imperialisten als auch für die sowjetischen Sozialimperialisten notwendig, um jeden Preis zu verhindern, dass Breshnew die kommunistische Maske vom Gesicht gerissen wurde. Genauso notwendig war es, das friedliebende deutsche Volk über die finsteren Absichten dieses Besuchs zu täuschen, indem eine Partei, die sich kommunistisch nennt, sie in den hellsten Farben preist.

Deshalb die roten Fahnen der D'K'P in Bonn und die Polizeiknüppel über den Teilnehmern der verbotenen Demonstration in Dortmund.

Aber die heulenden Polizeisirenen und die stampfenden Stiefel der Hundertschaften galten nicht nur dem Kampf der Marxisten-Leninisten. Der gesamten Bevölkerung sollte der Widerstand abgewöhnt werden. Die Polizeiknüppel schlugen unbeteiligte Passanten. Strassenbahnwagenweise wurden die Menschen verhaftet.

Die Bourgeoisie hat sich getäuscht, wenn sie glaubte, mit Demonstrationsverbot und Polizeiterror den Kampf der Marxisten-Leninisten und der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen abbremsen zu können. Am 19.Mai konnten die revolutionären Kundgebungen und Demonstrationen nicht verhindert werden. In den Zellen leisteten die Verhafteten mutigen Widerstand.



Auch die Werktätigen an Rhein und Ruhr reagieren mit Widerstand auf die Tatsache, dass es bald keinen Streik mehr gibt, bei dem nicht Mannschaften der Polizei jedem, der es sehen will, klar zeigen, dass das Kapital sich seinen Staat hauptsächlich deshalb geschaffen hat, um die kämpfenden Massen und ihren Kampfstab, die Kommunistische Partei niederzuhalten.

Indem jetzt einzelne Genossen und Passanten mit Geldstrafen belegt werden, versucht die Bourgeoisie die Kampffront vom 19.5. aufzusplittern und sich in aller Stille hunderttausende von Mark zusammenzurauben.

Wir Kommunisten dürfen und werden das nicht zulassen. Gegen die Strafbefehle muss Einspruch erhoben werden. Unrecht haben an diesem Tag nicht die Hausfrauen begangen, die sich ihren Einkaufsweg durch knüppelnde Polizisten bahnen mussten. Unrecht haben nicht die Kommunisten begangen, die auf die Strasse gegangen sind. Sie haben für das Recht und die Freiheit des Volkes gekämpft. Unrecht ist zwischen den Staatsoberhäuptern der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik besprochen und abgemacht worden. Verbrecherisch sind viele Polizisten auf den Strassen Dortmunds vorgegangen. Verbrecherisch ist auch die Politik der D'K'P, die für die räuberischen Interessen der Unterdrücker der Völker auf die Strasse geht und behauptet, damit für Frieden und Sozialismus zu marschieren. Diese Leute gehören angeklagt. Sie gehören bestraft.

Weil wir uns im Recht fühlen und im Recht sind, darum fordern wir öffentliche Prozesse. Und wir werden sie zu einer Tribüne für den Kampf im Interesse des Volkes machen.

Anschlag auf fortschrittliche Rechtsanwälte

Am 21. August wurde bekannt, dass die Bundesanwaltschaft gegen die Rechtsanwälte Ströbele, Becker und Groenewold Ermittlungsverfahren nach dem Paragraphen 129 eingeleitet hat.

Die Einleitung dieser Ermittlungsverfahren wird damit begründet, dass die Rechtsanwälte sich nicht zu Verteidigungszwecken mit ihren Mandanten, den Mitgliedern der RAF, treffen, sondern, um zur "Fortsetzung des gewaltsamen Kampfes gegen die bestehende grundgesetzliche Ordnung" beizutragen.

Mit dieser Begründung wurde vor kurzem bereits die widerrechtliche Durchsuchung der Rechtsanwälte verteidigt. Sollte damit erst nur die Durchsuchung nach Waffen gerechtfertigt werden, gilt der Angriff jetzt einem der elementarsten Rechte des Angeklagten und der Verteidigung, dem unkontrollierten mündlichen und schriftlichen Verkehr zwischen Angeklagten und Verteidigung. Darüberhinaus will der Staatsapparat überhaupt Verteidiger ausschalten, die bei den politischen Prozessen auf der Seite der Angeklagten stehen. Gewünscht sind Verteidiger der Interessen des kapitalistischen Staates.

Deshalb wird es nicht bei einzelnen Massnahmen bleiben. Im Entwurf für ein neues Strafvollzugsgesetz wird bereits ein Abschnitt vorbereitet, der vorsieht: "Aus Gründen der Sicherheit können Besuche von einer Durchsuchung abhängig gemacht werden."

Dieser ungeheuerliche Anschlag auf die primitivsten Rechte der Angeklagten ist die Antwort der Bourgeoisie auf die Niederlage, die sie bei den bisherigen politischen Prozessen erlitten hat. Wir werden diesen erneuten Angriff nicht kampflos hinnehmen. Wir fordern sofortige Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen die Rechtsanwälte, sofortige Aufhebung der Behinderungen und der unmenschlichen Haftbedingungen für die Gefangenen.



Hannover, den 19. 8. 1973

Liebe Genossen!

In dem Artikel 'Kulturkampf in Albanien' (RM Nr. 28, S.6) schreibt ihr: Diese Gesetze beziehen sich unteranderem auch auf modische Einflüsse, wie lange Haare, lange Kotteletten und Vollbärte bei Männern ...Solche Erscheinungen sind verboten. Das gilt sowohl für die Albaner als auch für ausländische Gäste.'

In einer Diskussion, die wir während unserer Albanienreise in unserer Gruppe hatten, an der auch unser albanischer Dolmetscher teilnahm, sagte dieser uns, dass das natürlich nicht stimmt, was im RM steht; vielmehr ist es so, dass zwar für Touristen bestimmte Vorschriften hinsichtlich der Haarlänge usw. bestehen, dass aber für die Albaner dies nicht Gesetz, sondern eine Frage der Überzeugung des Einzelnen durch das Kollektiv ist. Ist ein Albaner von westlichen Einflüssen infiziert, trägt er z. B. lange Haare, so versucht das Kollektiv solange geduldig zu erziehen, bis er seinen Fehler einsieht und Selbstkritik übt.

Nach unseren Erfahrungen mussten wir feststellen, dass PPSh eine gewaltige erzieherische Überzeugungsarbeit im Volk leistet, und dass diese auch augenscheinlich Erfolg hat. Wir selbst haben kaum Albaner gesehen, die irgendwelchen offensichtlich bürgerlichen Einflüssen unterlagen. Es kam höchstens hier und dort einmal vor, dass sich eine Frau die Lippen angemalt hatte. (In Albanien ist es Brauch dass sich verheiratete Frauen die Lippen schminken. red.) Widersprüche dieser Art sind natürlich nicht antagonistische Widersprüche. Widersprüche im Volke, die man nicht per Dekret regeln muss und kann. Die Gesetze in einem sozialistischen Landwie Albanien sind natürlich vor allem dazu da, das Ausbeuterpack und die Reaktionäre zu unterdrücken. (Natürlich gibt es auch Gesetze, die das Leben im Volk regeln).

Rot Front! Eddy



Liebe Redaktion,

Vor kurzem bekam ich zufällig Ihre Zeitung 'Roter Morgen' in die Hände und hatte auch Gelegenheit, mit den Verkäufern, die offensichtlich der KPD/ML angehören, zu sprechen. Und ich war gleich angenehm von der sauberen äusseren Erscheinung dieser jungen Leute überrascht; die Jungens hatten durchweg gewaschene, kurze Haare und vernünftige, nicht so wie heute anscheinend übliche verrückte Kleidung und auch das Mädchen machte einen frischen, natürlichen Eindruck, wie man ihn heute gar nicht mehr antrifft. Auch während der Unterhaltung konnte ich mit den jungen Leuten wie mit normalen Menschen reden, was ja heute selten ist.

Bitte verstehen Sie mich recht, aber es ist für eine alte Frau wie mich richtig erfrischend zu sehen, dass es noch nette junge Menschen gibt, die noch dazu wie ich im Gespräch hören durfte von Ihrer Organisation dazu angehalten und erzogen werden. Mein Respekt! Auch wenn ich nicht allem zustimmen konnte, was die jungen Leute sagen, so kann ich doch sagen, dass eine politische Organisation, die noch soviel Verantwortung für die Jugend zeigt, mein Vertrauen hat.

Und auch als ich dann zu Hause Ihre Zeitung las, wie Sie gegen die hässlichen langen Haare bei jungen Menschen und auch gegen die aufreizenden Miniröcke der jungen Gören, die jedem natürlichen Schamgefühl, das wir Älteren ja noch zum Glück haben, Hohn spricht, Stellung bezogen haben, war ich angenehm überrascht; **auch dass sie Albanien so loben, wo sowas anscheinend nicht zugelassen von verantwortungsvollen Staatsführern, hat mich gefreut. In so einem sauberen Staat möchte ich gerne leben!**

Sie müssen dazu noch wissen, dass ich zwei Enkel habe, die beide kommunistische Jusos sind, und die man mit ihren weibischen Haaren nicht von Frauen unterscheiden kann. Als ich sie fragte, was denn die älteren Parteimitglieder dazu sagen, sagten sie in ihrer schnoddrigen Art: 'Da kümmern die sich nicht drum!'

Nicht zuletzt deshalb war ich von ihrer vorbildlichen Parteijugend überrascht und nicht zuletzt deshalb werde ich mir jetzt öfter den 'Roten Morgen' kaufen und mit China, wo die Jugend ja auch zur Ordentlichkeit erzogen wird, beschäftigen.

Halten Sie Ihre Jugend weiter zur äusseren und moralischen Sauberkeit an, und ich werde Sie bei der nächsten Wahl wählen,

Herzliche Grüsse E. G.

Kommentar der RM-Redaktion:

Liebe, neugewonnene Leserin aus München, wir haben uns über Ihren Brief sehr gefreut. Er beweist uns, dass die Partei wirklich den Wünschen der Massen entspricht, wenn sie den schädlichen Einflüssen der Bourgeoisie auf die Jugend, aber auch die ältere Generation, eine Absage erteilt und den Kampf gegen den bewusst gesteuerten moralischen und kulturellen Zerfall aufnimmt.

Wir sind uns unserer Verantwrotung dabei bewusst. Denn keine anderen Staaten als die sozialistischen Staaten China und Albanien, keine anderen Parteien als die wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien sind in der Lage, der Jugend und den älteren Menschen die moralischen und kulturellen Werte bewusst zu machen, für die es sich zu leben und zu kämpfen lohnt. Kommunistische Moral und kommunistische Kultur sind untrennbarer Bestandteil des revolutionären Befreiungskampfes gegen das Kapital und seinen Staat. Aus dem Proletariat und den unter seiner Führung kämpfenden Klassen und Schichten des Volkes gegen diesen gemeinsamen Feind allein können darum heute auch die Menschen erwachsen, die als wirkliche Helden der Massen bereit sind, ihr Leben für die Sache des Proletariats hinzugeben. Die Erziehung zur kommunistischen Moral und Kultur ist ein unabdingbarer Schritt auf diesem Weg.

DIE VERLEUMDUNGEN DER SOWJETISCHEN REVISIONISTEN KÖNNEN DIE KORREKTE REVOLUTIONÄRE POLITIK DER VOLKSREPUBLIK CHINA NICHT AUS DER WELT SCHAFFEN.

LEITARTIKEL VON 'ZERI I POPULLIT' VOM 27.7.1973

In letzter Zeit erheben die sowjetischen Revisionisten ein lautes antichinesisches Geschrei voll von banalen Verleumdungen und Unterstellungen. Um ihren ohrenbetäubenden Läm zu verstärken, setzten sie alle ihre Handlanger in Ost und West in Bewegung. Die Themen dieser wütenden Kampagne sind alt und zahlreich. das Ziel immer das gleiche. Vor allem wollen die revisionistischen Führer in Moskau die großartigen Erfolge, die die Volksrepublik China beim Aufbau des Sozialismus dank der korrekten marxistisch-leninistischen Linie und den Lehren des Genossen Mao Tse-Tung errungen hat, hinweglügen, das hohe Ansehen, das China in der ganzen Welt genießt, treffen und die hervorragende revolutionäre Rolle und den positiven Einfluß, den es auf die Beziehungen in der heutigen Welt ausübt, behindem.

Zweitens möchten die Kreml-Häuptlinge mit diesem Propagandalärm ihre eigene verräterische Rolle in der Frage der Revolution und der Befreiung der Völker tarnen, die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung von den Gefahren der Annäherung und Zusammenarbeit zwischen ihnen und dem US-Imperialismus ablenken und die Pläne und das Komplott zwischen den USA und der Sowjetunion zur Aufteilung der Welt in Einfluss- und Herrschaftsgebiete verbergen.
Die antichinesische Kampagne erklärt sich auch aus den Schwierigkeiten, denen sich die sowjetischen Führer infolge ihres kapitalistischen Kurses ausgesetzt sehen. Sie möchten die Aufmerksamkeit der arbeitenden Massen von den ununterbrochenen Niederlagen ablenken, die sie an der Heimatfront erlitten haben, ihre Linie der Konzessionen und Kapitulationen vor dem US-Imperialismus tarnen und scheinbare Gefahren als Druckmittel für das Akzeptieren dieser Situation vorschieben.

Soweit es die internationale öffentliche Meinung betrifft, möchten sie durch diese demagogischen Methoden den Unwillen und den Hass der antiimperialistischen, demokratischen und fortschrittlichen Kräfte auf allen Kontinenten gegen die ultrareaktionären Abmachungen der Breshnew-Nixon-Gespräche und der aus den Anweisungen der beiden grossen Häuptlinge resultierenden Abmachungen mildern. Angesichts der Empörung und Verachtung der breiten Massen der Weltöffentlichkeit angesichts dieser Abmachungen möchten sie mit allen Mitteln verhindern, dass die Volksrepublik China noch mehr Einfluss auf die revolutionären, demokratischen und Volksbefreiungsbewegungen in der Welt gewinnt, und Misstrauen gegen ihre prinzipienfeste und beständige Aussenpolitik erwecken. **Indem sie auf China einschlagen, möchten sie die gemeinsame Front gegen den US- und Sozialimperialismus schwächen.**

'Haltet den Dieb...' ein alter Trick aller Räuber

Die Verleumdungen und Erfindungen der sowjetischen Revisionisten gegen China verfolgen einen bestimmten Zweck, der den propagandistischen Zielen der Renegatenclique Breshnew-Kossygin in der gegenwärtigen Verflechtung der internationalen Beziehungen dienen soll. Nie zuvor hat es so intensiv offizielle Treffen auf allen Ebenen gegeben, offene und geheime Gespräche über beide Seiten betreffende und auch nicht betreffende Probleme und nie zuvor wurden soviele politische, ökonomische und kulturelle etc. Abmachungen getroffen wie gerade jetzt zwischen dem US-Imperialismus und dem Sowjet-Revisionismus. **Hinter den Kulissen, in grösster Heimlichkeit, aber auch offen, schmieden sie unaufhörlich Komplotte zur Aufteilung der Welt in Einflusszonen und zur Errichtung der Herrschaft der beiden Supermächte über die ganze Welt.**
Sollte etwa der US-Imperialismus in seiner militärischen Macht erschüttert, sollte etwa sein Atom-Monopol vernichtet werden, als die beiden Mächte kürzlich ihr Atom-Abkommen beschlossen? Dient es etwa der Verdrängung der USA aus dem Mittleren Osten und der Hilfe für die arabischen Völker und die Sicherung ihrer Freiheit und Unabhängigkeit, wenn die sowjetischen Revisionisten vertrauliche Gespräche über die sogenannte 'politische Lösung' des arabisch-israelischen Konflikts mit US-Vertretern in Washington und Moskau führen? Oder sind etwa die ultrageheimen Gespräche, die in Kürze im Rahmen des 'SALT' (Verhandlung zur Begrenzung strategischer Aufrüstung) zwischen den USA und der Sowjetunion geführt werden sollen, kein Ausdruck der dunklen Ziele der beiden imperialistischen Mächte bei der Unterdrückung und Beherrschung anderer?

Richard Nixon hat offen betont, dass seine Linie der Aussenpolitik von der Voraussetzung ausgeht, dass alle internationalen Probleme der heutigen Zeit durch gemeinsame Verhandlungen und Abmachungen mit den revisionistischen Führern in Moskau gelöst werden sollen, während alle anderen Völker gezwungen werden sollen, dieses gemeinsame Diktat zu akzeptieren.

Die sowjetischen Revisionisten schweigen über diese Dinge und es bereitet ihnen kein Gefallen, wenn andere ihr Kulissenspiel aufdecken. Andererseits können sie nicht zulassen, dass die Weltöffentlichkeit die internationalen Ereignisse durchschaut und korrekt beurteilt, besonders, dass sie den gefährlichen agressiven und konterrevolutionären Charakter der US-SU-Beziehungen erkennen, weshalb sie diese Beziehungen auf solche Weise darstellen, dass die Aufmerksamkeit auf erfundene, falsche Probleme gelenkt wird. **Die sowjet-revisionistischen Häuptlinge versuchen, nicht-existente Probleme vorzuschieben und beschuldigen China solcher Dinge wie sie nur ihrer eigenen von Zynismus und Demagogie verwirrten Phantasie und Einbildung entspringen können.**

Aber die neue Verleumdungskampagne wie auch die früheren, wird zu einer alten Leier, so dass ihr niemand mehr traut. Die Politik und die Standpunkte des chinesischen Volkes, seiner kommunistischen Partei und seiner Regierung sind klar, korrekt und revolutionär und keine noch so teuflische Macht wird sie beflecken können. Das sozialistische China ist heute der stählerne Schild der Freiheit und Unabhängigkeit aller Völker. Es ist das grösste Hindernis bei der Verwirklichung aller Pläne und Komplotte des US-Imperialismus und des sowjetischen Revisionismus. Deshalb ist China heute ein Beispiel, ein Quell der Begeisterung und ein Rückhalt für alle Völker, die gegen den Imperialismus und die Reaktion, um ihre nationale Freiheit und Unabhängigkeit, um Fortschritt und wirklichen Frieden kämpfen. Dies ist die unleugbare Wirklichkeit, die das internationale Ansehen und die Autorität der VR China so hoch hat wachsen lassen. Keine Macht der Erde kann es erschüttern.

Das Komplott der Supermächte wird scheitern

Vom ersten Tag ihrer Gründung an stand die Volksrepublik China für die Verteidigung des Friedens in der ganzen Welt ein und widersetzte sich entschieden und unnachgiebig den aggressiven Kriegen des Imperialismus. Die VR China und ihre Regierung geben ein hohes Beispiel des proletarischen Internationalismus, indem sie die revolutionären Kämpfe aller unterdrückten Völker und Nationen entschieden unterstützen. Sie haben brüderlich und mit allen Mitteln das heroische vietnamesische Volk unterstützt, damit es seinen Kampf gegen die US-Aggressoren bis zum Ende durchstehen kann. Die Volksrepublik China widersetzte sich entschieden der Einmischung der USA in Laos und Kambodscha und befand sich in voller Solidarität mit den Kämpfen dieser Völker gegen den US-Imperialismus und die einheimische Reaktion. Die Volksrepublik China hat öffentlich erklärt, dass sie unnachgiebig auf der Seite des palästinensischen Volkes und der arabischen Völker steht, die in einem mutigen Kampf gegen den Imperialismus und Zionismus zur Verteidigung ihrer unbestreitbaren Rechte stehen. Dieser Standpunkt ist ein machtvoller Ausdruck der korrekten und beständigen revolutionären und antiimperialistischen Politik der VR China gegenüber all jenen Ländern und Völkern, die für die Freiheit und nationale Unabhängigkeit gegen die imperialistische Aggression kämpfen, gegenüber all jenen, die von den Komplotten der internationalen Reaktion, vor allem von der expansionistischen und hegemonistischen Politik der konterrevolutionären Allianz USA-Sowjetunion, bedroht sind.

VR China - brüderlich an der Seite aller antiimperialistischen Kräfte

Welches die Ansichten und die Politik der Volksrepublik China sind, ist allgemein bekannt. Das Leben selbst hat ihren prinzipiellen Charakter zum Vorteil des antiimperialistischen Kampfes der Völker und eines allgemeinen Friedens bestätigt. Die Tatsache, dass China von den sowjetischen Sozialimperialisten gerade zu dem Zeitpunkt angegriffen wird, da sie selbst zusammen mit dem US-Imperialismus Pläne und Komplotte gegen alle Völker aushecken, ist ein weiterer Beweis dafür, dass China das Haupthindernis bei der Verwirklichung ihrer verbrecherischen Projekte ist.

Herzliche Begrüssung der Shanghaier Artisten in Hamburg und Westberlin



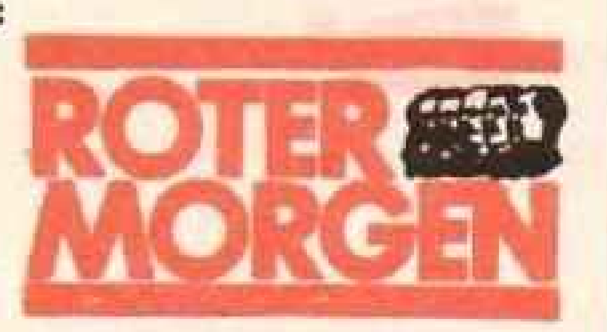
Auch in Hamburg und in Westberlin begrüssten Genossen der Roten Garde und der Partei die Schanghaier Artistengruppe. Zusammen mit Vertretern verschiedener deutsch-chinesischer Gesellschaften versammelten sich die westberliner Genossen auf dem Flugplatz Tempelhof. Weit hin sichtbar waren Transparente: 'Die KPD/ML grüsst die Freunde aus Shanghai'. In das Lied: 'Der Osten ist rot' stimmten auch viele Auslandchinesen mit ein. Als Zeichen der revolutionären Verbundenheit mit dem siegreichen chinesischen Volk wurde das Solidaritätslied gesungen. Dieses Lied konnte man später sogar im 'Sender freies Berlin' wiederhören.

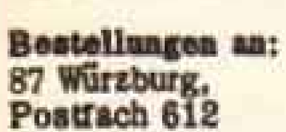
Bestellschein

HIERMIT BESTELLE ICH:

PROBENUMMER ☐

DEN ROTEN MORGEN AB NUMMER ....





Bestellungen an:
87 Würzburg,
Postfach 612

Der ROTE MORGEN erscheint wöchentlich und kostet pro Jahr (52 Ausgaben) einschliesslich Porto DM 25,–. Dieser Betrag ist im Voraus auf das Postscheckkonto Essen Nr. 464 20 – 435 (G. Schubert) zu zahlen. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

NAME, VORNAME ....

BERUF ....

POSTLEITZAHL, ORT ....

STRASSE ....

DATUM ....

UNTERSCHRIFT ....